

ALLIANZ

Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin

bestehend aus den Bürgerinitiativen, Lubmin, Usedom, Greifswald und Rügen
sowie den Umweltverbänden BUND und WWF

Karin Kaspar, Dorfstr. 6, 17406 Rankwitz OT Grüssow

Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern
Herrn Erwin Sellering
Staatskanzlei
19048 Schwerin

Freitag, 15. Mai 2009

[Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom]

[meine Zeichen/meine Nachricht vom]

Telefon / Fax / E-Mail
038372-70803 / 76930 / karin-kaspar-gruessow@t-online.de

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Sie hatten die **ALLIANZ Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin** um ein Gespräch gebeten, das am 15.01.2009 in Lubmin stattgefunden hat. Während dieses Gesprächs hatten Sie uns zugesagt, in einigen Punkten zu prüfen, ob unserer Bitte nachgekommen werden kann. Unsere **ALLIANZ** hat Ihnen am 23.03.2009 geschrieben mit der Bitte, uns über Ihre Position zu diesen wichtigen Punkten zu informieren.

Ihre Antwort ist uns zum jetzigen Zeitpunkt besonders wichtig! Wie Sie sicher wissen, hat Dong Energy vor kurzem seine Ergänzungen zu den Antragsunterlagen eingereicht, mit denen den Nachforderungen der Genehmigungsbehörden entsprochen werden soll, und damit eine erneute öffentliche Kampagne verbunden. So verquicken Sie einerseits mit der Aussicht auf lukrative Schiffbauaufträge für unsere Werften mit erneuten Forderungen nach rascher Genehmigung des Projektes und setzen andererseits die Gemeinde Peenemünde mit einem Angebot der EWN zu weit reichender Unterstützung der Gemeinde Peenemünde. So soll offensichtlich neuer Druck auf Politik, Öffentlichkeit und nicht zuletzt auf die Genehmigungsbehörden ausgeübt werden.

Die Kampagne wird vor allem unterstützt vom so genannten Vorpommernrat (unter maßgeblicher Mitwirkung eines ehemaligen Ministers Ihres Vorgängerkabinetts) und leider auch von den Medien eher positiv begleitet. Unsere Presseerklärung hierzu, die von den Medien – bis auf einen sinnentstellenden Beitrag in der Greifswalder Lokalausgabe der Ostsee-Zeitung – ignoriert wurde, fügen wir diesem Schreiben bei.

Angesichts dieses neuen Drucks von Seiten des Investors und der bekannten Befürworter des Projektes wäre es für uns besonders wichtig, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, kurzfristig ein klärendes Wort sprechen könnten. Sie haben sich stets gegen eine politische Einflussnahme und für das rechtsstaatliche Verfahren ausgesprochen.

Wir halten es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für dringend erforderlich, diese Position öffentlich zu bekräftigen und insbesondere darauf hinzuweisen, dass es unmoralisch ist, die Ängste in der Werft- gegen die Befürchtungen in der Tourismusindustrie auszuspielen, und dass einseitige Forderungen der Projektbefürworter zum Zeitplan des Genehmigungsverfahrens die Genehmigungsbehörden in keiner Weise binden.

Ebenso verwerflich sind die o.g. neuesten Angebote der EWN an die Gemeinde Peenemünde. Hier wird versucht die 340-Seelen-Gemeinde, die seit Jahrzehnten auf eine grundlegende Sicherung gegen Hochwassergefahren wartet, und die mit Ihren Hinterlassenschaften der ehemals militärisch genutzten Liegenschaften hoffnungslos überfordert ist, gegen die Befürchtungen der Ganzen Insel auszuspielen. Mehr noch, sollte Peenemünde diesem Projekt zustimmen, beraubt es den Rest der Insel um die Möglichkeit eines Rechtsstreits. Auch hierzu wäre gerade jetzt ein klärendes Wort Ihrerseits angebracht.

Mit hochachtungsvollen Grüßen



Karin Kaspar
Sprecherin

Anlage: Presseerklärung vom 12. Mai 2009: an alle Medien in MV ergangen

Kohlefrachter für Kraftwerksgenehmigung

Empört müssen die ALLIANZ-Mitglieder gegen das Steinkohlekraftwerk Lubmin die neue Offensive gegen das laufende Rechtsstaatliche Verfahren zur Kenntnis nehmen. Offensichtlich reicht es Dong Energy nicht mehr, nur Sport- und Kulturvereine sowie Gemeinden und Ämter der Region mit Finanzspritzen zu versorgen! Jetzt müssen auch noch die krisengeschüttelten Werften erhalten, um Druck auf die Regierung zu machen. Die vom Tourismus lebenden Menschen in Vorpommern gegen die Auftragslage der Werften auszuspielen, ist schamlos.

Als Bedingung für die Auftragserteilung von acht Kohlefrachtern die schnelle Erteilung des Vorbescheides erzwingen zu wollen und daran auch noch die Erwartung zu knüpfen, dass die Genehmigungsbehörde noch im Mai die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen bestätigt, ist geradezu unverschämt.

Kann sich Dong doch eigentlich an allen 5 Fingern abzählen, dass diese Unterlagen unmöglich vollständig sein können. Das können sie schon deshalb nicht, weil wesentliche Dokumentationen, wie zum Beispiel der Herbstvogelflug, schlichtweg im Frühjahr nicht stattfinden und deshalb auch nicht dokumentiert und beurteilt werden können.

Die gleiche Vehemenz der Landesregierung, mit der sie stets ausdrücklich betonte, dass sich mitten im Rechtsstaatlichen Verfahren jede **politische** Einflussnahme verbiete, erwarten wir deshalb auch zu dem Dong-Energy-Versuch, einer derart massiven **wirtschaftspolitischen** Einflussnahme.

Sollte Dong Energy dieser Deal gelingen, dann steigen die Voraussetzungen für den positiven Ausgang unserer Klage potenziell.

Karin Kaspar – Sprecherin der ALLIANZ